

geschehen ist: Ob als Fürstin mit weitreichenden Entscheidungsbefugnissen wie Dorothea Susanna von Sachsen-Weimar oder wie Katharina von Schwarzburg. Ob als mutige Nonne, die gegen Zwang und Nötigung im Kloster ankämpft und erfolgreich publiziert wie Florentina von Oberweimar. Ob als Verfasserin von Streitschriften für die Sache der Reformation wie Ursula Weyda, oder als Frau eines Reformators, die aus dem weiblichen geistlichen Stand als Nonne entflohen und das Anliegen ihres Mannes ökonomisch erst ermöglicht hat, wie Katharina von Bora als vielfältige Wirtschaftlerin mit einem Betrieb mittlerer Größe. Die „Lutherin“ hat ihren Mann auch mit einer kräftigen Portion Witz und manchmal entwaffnend-ironischer Klarheit kritisiert. Nicht von ungefähr redet ihr Mann in seinen Briefen sie mit „Herr Käthe“ an. Damit hat sie ebenfalls die Anliegen der Reformation vorangebracht.

Schon dieses eine Projekt hilft, den Blick zu weiten, wenn wir als Kirche im Mutterland der Reformation auf das Gedenken im Jahr 2017 zugehen. Dieser Blick führt weg von Idealgeschichten und weg von nur einer strahlenden Heldenfigur. Er führt uns zu Menschen aus Fleisch und Blut, die uns näher sind als alle Idealisierungen. Er führt zu männlichen und weiblichen Wegen, christlichen Glauben zu leben, sich zu engagieren und Kirche und Gesellschaft zu verändern.

Diesen weiten Blick brauchen wir heute, im Rechtswesen genauso wie in der Kirche. Und ich nehme ihn wahr, ich nehme ihn sehr dankbar wahr bei den Anliegen, für die sich der Deutsche Juristinnenbund engagiert. Mich beeindruckt, ganz aktuell, die klare Stellungnahme zum Prostituiertenschutzgesetz. Mir imponiert

der fundierte und zugleich pragmatische Blick dabei. Nicht Prinzipien allein oder vorrangig im Blick zu haben, vielmehr gleichermaßen die Lebenstauglichkeit von Gesetzgebung und insbesondere auch in Frauenperspektive, das ist eine Herangehensweise, die Juristinnen besonders zu eigen ist. Ganz ähnlich, wenn es um Gesetzesvorhaben zur Stärkung der Opferrechte in Strafverfahren geht. Und um Fragen der Gleichberechtigung und die Diskussion um Quoten. Mich beeindruckt Ihr Einsatz für die Rechte von Familien und Kindern. Auch das Engagement für Flüchtlingsfrauen und Flüchtlingskinder in Deutschland ist Ihnen ein wichtiges Thema. Wie gut, dass Sie sich mit Herz und Sachkenntnis in die Gesetzgebung und die politische Debatte einmischen! So kümmert sich der deutsche Juristinnenbund auch um die rechtliche Stärkung der Schwachen in unserer Gesellschaft, die leicht unter die Räder kommen und selten eine Lobby haben. Legislative und Rechtsprechung brauchen das Engagement starker Frauen. Unsere Gesellschaft ist darauf angewiesen.

Von Margret Thatcher soll das Bonmot stammen: „Wenn Sie reden wollen, fragen Sie einen Mann. Wenn Sie handeln wollen, fragen Sie eine Frau.“ Das mag ein wenig überzogen sein. Aber Politik und Gesellschaft tun gut daran, den Deutschen Juristinnenbund immer wieder zu befragen und seine fundierte Arbeit ernst zu nehmen. Und es ist gut, sollte es daran fehlen, wenn Sie sich auch ungefragt laut und vernehmlich zu Wort melden.

Ich möchte Ihnen herzlich zum zwanzigjährigen Bestehen des Landesverbandes Sachsen-Anhalt gratulieren. Und ich möchte Ihnen danken für Ihr Engagement, das uns allen zugute kommt!

## European Women Shareholders Demand Gender Equality

Miruna Bucurescu/Linda Walczak

Projektmitarbeiterinnen, Deutscher Juristinnenbund e.V. (djb), Berlin

Am 3. Juli 2015 fand in Brüssel ein Debriefing-Workshop mit den Nationalen Koordinatorinnen des djb-Projektes „European Women Shareholders Demand Gender Equality“ (EWSDGE) statt. Hauptbestandteil des u.a. von der Europäischen Kommission und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) geförderten Projektes ist, beziehungsweise war, im ersten Halbjahr 2015 nahezu 100 Großkonzerne in elf EU-Mitgliedstaaten nach Gleichstellung, Frauenförderung und Geschlechtergerechtigkeit zu befragen. Beteiligt sind außer dem djb vier weitere Juristinnenvereinigungen in Europa (<http://www.ewsdge.eu/>).

### Zwischenbilanz

Da die meisten Hauptversammlungen in den beteiligten EU-Mitgliedstaaten nun „abgearbeitet“ sind, bot das Treffen die Gelegenheit zum lebhaften und engagierten Erfahrungsaustausch. Auch die Europäische Kommission war vertreten mit Fatima Ribeiro, in der Generaldirektion Justiz zuständige Hauptver-

waltungsbeamtin für das Projekt. Die nationalen Koordinatorinnen haben bei dieser Gelegenheit Zwischenbilanz gezogen und die gewonnenen Erkenntnisse miteinander diskutiert. Die Erfahrungen waren durchwachsen. Die Reaktionen sowohl von Vorständen\_innen und Aufsichtsrät\_innen, aber auch vom jeweiligen Publikum auf die Fragen waren unterschiedlich. Auffällig waren stereotype Antworten in Ungarn oder Bulgarien. Die EWSDGE-Sprecherinnen und die Protokollantinnen wurden allerdings meistens freundlich empfangen. Es war von Vorteil, auf die Förderung durch die Europäische Kommission hinweisen zu können. Auch der berufliche Hintergrund der EWSDGE-Sprecherinnen sorgte dafür, dass der Auftritt vom Unternehmen ernst genommen wurde.

Am Anfang des Projektes hatten die wenigsten EWSDGE-Koordinatorinnen Erfahrungen mit Hauptversammlungsbesuchen. Seitdem haben die Beteiligten eine außerordentliche und rückhaltlose Identifikation mit dem EWSDGE-Projektanliegen entwickelt. Standen anfangs Fragen, wie das EWSDGE-Projekt umgesetzt werden soll, im Vordergrund, wird jetzt die Frage gestellt, wie es denn weiter gehen soll, konkret wie entsprechende Hauptversammlungsbesuche 2016 und später realisiert werden

können. Diese Begeisterung der beteiligten Juristinnen aus den unterschiedlichsten EU-Mitgliedstaaten ist schon jetzt als Erfolg für das EWSDGE-Projekt zu verbuchen.

Weiter wurden bei dem Treffen die nächsten Schritte besprochen. Im Herbst 2015 steht die Erstellung der Dokumentation im Mittelpunkt. Auch naht die Abschlusskonferenz in Brüssel, die am 11. und 12. Februar 2015 in der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der Europäischen Union stattfinden wird. Ein entsprechendes „save the date“-Schreiben ist konzipiert, auf der EWSDGE Internetseite erhältlich und wurde im Sommer verschickt.

### Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Die Sichtbarkeit des Projektes ist eine entscheidende Voraussetzung für dessen Erfolg. Eine Internetseite, Social Media Instrumente wie Youtube, Twitter und Facebook sind Teil der Öffentlichkeitsarbeit und bieten den „Fans“ des EWSDGE-Projektes die Möglichkeit, Neuigkeiten in allen Teilen Europas abzurufen, zu kommentieren und zu teilen.

Die aktive Beteiligung der Studierenden von der Hochschule Magdeburg Stendal hat die Öffentlichkeitsarbeit des Projektes sehr bereichert. Die Studierenden haben die Projektveranstaltungen und -treffen begleitet und diese audiovisuell dokumentiert.

Außerdem haben die Studierenden alle Koordinatorinnen und das gesamte Projektteam interviewt, mit dem Ziel das Projekt zu evaluieren.

Es ist ein kurzer Imagefilm über das Projekt entstanden, der inzwischen auf [www.ewsdge.eu](http://www.ewsdge.eu) veröffentlicht wurde. Premiere hatte der Film anlässlich des EWSDGE-Pressesgespräches am 10. Juli 2015 in den Räumen des Bundesrates in Berlin, das von den Studierenden organisiert und inhaltlich vorbereitet wurde. Prof. Dr. Angela Kolb, Ministerin für Justiz und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg, Ramona Pisal, djb-Präsidentin, Prof. Jackie Jones, Präsidentin Europäische Juristinnenvereinigung (European Women Lawyers Association, EWLA) und Dr. Katalin Prandler, Vizepräsidentin Ungarischer Anwältinnenverband, Budapest, haben auf dem Podium über ihre Erfahrungen und die Relevanz des EWSDGE-Projektes gesprochen. Moderiert wurde die Veranstaltung von Sabine Overkämping, Research Director des EWSDGE-Projektes.

Die Projektverantwortlichen danken Prof. Dr. Renatus Schenkel und den im Projekt involvierten Studierenden der Hochschule Magdeburg-Stendal für die hervorragende Zusammenarbeit und für ihr außerordentliches Engagement und die Unterstützung des Projektbüros bei der Öffentlichkeitsarbeit.



▲ Ramona Pisal, djb-Präsidentin, Prof. Dr. Angela Kolb, Ministerin für Justiz und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg, Dr. Katalin Prandler, Vizepräsidentin Ungarischer Anwältinnenverband, Budapest, Prof. Jackie Jones, Präsidentin Europäische Juristinnenvereinigung (European Women Lawyers Association, EWLA), Bristol, und Sabine Overkämping, Research Director des EWSDGE-Projektes, anlässlich des Pressesgespräches am 10. Juli 2015 im Bundesratsgebäude, Berlin (Foto: Katrin Lange/djb).